

gestellt. Es wird zu diesem Zweck ein Mitglied der Regierung bestimmt.

3. Die Einwohnerwehr werden sofort mit Angehörigen der sozialistischen und demokratischen Parteien ausgerüstet; es wird ihnen der Schutz der öffentlichen Gebäude auferlegt.

Es sei nicht leicht, die Zeitfreiwilligen in Dresden und Bogen als eine reaktionäre Truppe anzusehen, aber die Regierung stehe nun einmal vor der Tatsache, daß gegen diese Formation ein großes Misstrauen in weiten Kreisen der Arbeiterschaft vorhanden ist. Wenn im übrigen die öffentliche Ruhe und Ordnung durch die Reichswehr, die Einwohnerwehr und die Polizei gesichert werde, dann könne man auf die Zeitfreiwilligen verzichten. An die Aufsichtsbehörde des Belaertrungsamtes zu klagen, nebe die sächsische Regierung nur mit schwerem Herzen beraten. In jedem Falle sei es ein nicht unerhebliches Risiko, von dem Belagerungszustand jetzt abzusehen.

Die Regierung habe den Belagerungszustand niemals als Unterdrückungsmöglichkeit angesehen, aber auch hier seien die Weichverdern eines großen Teiles der Arbeiterschaft so stark, daß er dazu beitragen möchte, diese unannehmbaren Empfindungen der Arbeiterschaft zu verstetigen. Es komme dann, daß die Herren der Unabhängigen Soz. Partei sich mit für Ruhe und Ordnung und den Schutz der sächsischen Bevölkerung eingesetzt hätten. Das seien die Gründe, die die sächsische Regierung veranlaßt hätten, an die Reichsregierung das Erleben auf Aufhebung des Belagerungszustandes zu richten. Es sei bereits aufgehoben. Die Amnestie ist politische Vergeltung sage die Regierung ebenfalls zu. Alle diese Maßnahmen bedeuteten ein unangenehmes Maß von Vertrauen in das sächsische Volk.

Man müsse aber auch von der Bevölkerung verlangen, daß sie sich der Lage bewusst sei und sie nicht erdwere, sondern ihr Recht aufrechte, um über die unbeliebte Kritik hinwegzukommen. Es sei eine überzeugende erste Stunde, in der wir sinden. Die Gefahren seien riesengroß, die uns noch drohen; möge uns der klüger Bürgerkrieg erspart bleiben. Hoffentlich solle die vom Hammerpräsidenten verlesene Erklärung weiter durch das ganze Deutsche Reich und gewißlich einen großen moralischen Erfolg. (Bravo!)

Aba. Kleinhans (Wuabb) erklärt seine Zustimmung zu den erwähnten drei Forderungen. Er müsse der Regierung allerdings ein großes Maß von Mitleid auf dem Verlauf der Dinge aufbauen. Die Regierung habe viel zu lange den Treiber von rechts ratlos zugesehen und habe ihr ganzes Augenmerk nur auf links gerichtet. Das müsse aufhören. Der Redner behält sich vor, auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten später zurückzukommen.

Aba. Dr. Beutler (D. A.) erklärt namens seiner Fraktion zu den Forderungen der drei Wehrheitsfraktionen, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes Sache der Reichsregierung sei. Man habe unter dem Belagerungszustand nicht gelitten. Ob die Amnestie empfehlenswert sei, würde sich seine Fraktion zu überlegen haben. Ein grundständiges Bedenken dagegen besteht nicht. Da gegen äußerte der Redner Bedenken gegen die Aufhebung der Zeitfreiwilligen-Patrouillen. Wenn man sie nicht wieder braucht, werde man sie nicht mehr haben. Die Verantwortung für diese Maßregel liegt auch allein bei der Reichsregierung. Seine Fraktion werde auch gegen den dritten Punkt stimmen. Eine Einwohnerwehr nach politischen Prinzipien sei verfehlt.

Aba. Büchner (Dem.): Die Erklärung des Abg. Hofmann steht die Zuhörer nahezu auf den Kopf. So sei die Ausrichtung der Reichsstaatswahlen längst im Schilde der Staatsregierung erwogen worden, aber man habe den Termin hinausgeschoben, um noch die notwendigen Voraussetzungen zu erledigen. Auch der angebliche Erfolg sei durchaus überzeugend, alles, was an Reichsverwirrung in diesem Hause vorgebracht worden sei. Die Änderung solle erfolgen mit allen Reichsgarantien. Mit dieser Erklärung hatte die Deutschnationale Fraktion mindestens mittelbar ihre Zustimmung an den revolutionären Vorgängen zum Ausdruck gebracht. (Sehr richtig!) Die Forderung einer Koalitionsregierung sei ein Versuch, dem Staatsverbrechen in Berlin eine gewisse moralische Stütze zu schaffen. Der Redner gibt dann seine Zustimmung zu den drei genannten Punkten.

Aba. Bindermann (Soz.) erklärt im Auftrage seiner Fraktion nicht mit den Ausführungen der sächsischen Regierung einverstanden. Durch die verbrecherischen Putzhilfen, deren Zahl nicht klein sei, sei der wirtschaftliche Wiederaufbau unterbrochen worden. Der Redner wendet sich dann gegen die Meldung, daß Vergleichsverhandlungen zwischen den beiden Staatsparteien angebahnt worden seien.

Minister des Innern Uhlig dankt der Einwohnerwehr, die an dem gestrigen schweren Tage ihre Pflicht im Dienste der Regierung getan habe, und fügt hinzu, daß ihr Kommandeur die feierliche Versicherung abgegeben habe, den in der bisherigen Regierung und zur Reichsverwaltung in halten. Auch die Verwaltungsbürokratie im Lande, die Amtshauptmannschaften und die Kreishauptmannschaften hätten der sächsischen Verfassung ihre Treue bewahrt, ebenso fast ausnahmslos die Bürgermeister. (Amar! Blaauau!) Der Bürgermeister von Blaauau habe es für nötig gehalten, durch Aufrufen der schwäbisch-schwarzen Reihen mit den Berliner Putzhilfen zu konfrontieren. Er sei von einem Amt für suspendiert worden.

Eine Abstimmung findet nicht statt. Der Präsident schließt die Sitzung mit der Hoffnung, daß das deutsche Volk durch diese Krise hindurchkomme und trotz alledem einem Wiederaufbau entgegne.

Die Lage in Sachsen.

In Dresden

Ist es auch im weiteren Verlaufe des Dienstags zu keinerlei Störungen der Ruhe und Ordnung gekommen. In den Nachmittagsstunden, nach Schluß der Fabriken und Werkstätten, strömten wieder die Menschenmassen nach dem Volkspalast, um die Städte der blutigen Kämpfe am Montag zu besichtigen. Die Reichswehr, die am Vormittag noch den Platz durch starke Patrouillen sicherte, war später in die angrenzenden Häuser zurückgezogen worden. Das Telegraphenamt ist durch einen Stacheldraht und Postenketten eingezäunt abgesichert.

Das Wehrkreiskommando 4

gibt folgendes bekannt:

1. In Dresden gehen Berichte um, daß sich Reichswehr und Zeitfreiwilligenverbände beim Truppeneinsatz am 16. März nachmittags gegen seitlich beschossen hätten. Diese Berichte sind Erfindungen. Reichswehr und Zeitfreiwillige haben am 16. März Schülert an Schulter bei Besichtigung des Telegraphenamtes zusammengekehrt. Bei schlechter Aussicht zwischen beiden Truppen haben sie bestanden.

2. Es mehren sich die Rücksichten, daß von Spartenfahrten Postkraftswagen bei Fabriken beschlagen werden. Die Fahrer von Postkraftwagen schügen sich vor Bequamation ihrer Postkraftwagen am besten durch Herausnahme wichtiger Teile aus ihren Wagen.

3. Es kann nicht genug vor allen Ansammlungen gewarnt werden, weil sich Neugierige dadurch ungewollt in grobe Gefahr begeben. Die Truppen müssen zu ihrer Sicherheit grundsätzlich einen freien Raum zwischen sich und Ansammlungen lassen, wenn sie sich nicht der Gefahr der Entwaffnung aussetzen wollen. Die Truppe ist gezwungen, sobald ihrer Aufforderung die Strafe zu zahlen, nicht nachzukommen wird, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Die Beamtenchaft des biesigen Telegraphenamtes hat beschlossen, an die Oberpostdirektion das Ersuchen um sofortige Abberufung des Telegraphendirektors Thiemann zu richten, da dieser

während der Kämpfe am Montag nicht im Amt war, während Beamte, Beamteninnen und Arbeiter im schwersten Feuer auf ihrem Posten ausgetarzt haben.

Zur Klärstellung des Sachverhaltes bei den Kämpfen auf dem Postplatz am Montag teilt uns die Blauen die Einwohnerwehr mit, daß sie niemals auf die Reichswehr geschossen habe. Die reguläre Wehr hat stets unblutig gearbeitet. Die trümmliche Auflösung erklärt sich daraus, daß einige Bewaffnete, die nicht der regulären Einwohnerwehr angehören, Einwohnerwehrangehörige trugen. Die Einwohnerwehr hat keinerlei Verluste gehabt.

Bei den Kämpfen um das Telegraphenamt ist am Montag auch ein unabhängiger Führer, Lehrer Goldberg, getötet worden.

Die Räterepublik in Pirna.

In Pirna ist die Räterepublik ausgerufen worden. Das Rathaus wurde von den Spartakisten gestürmt und der Bürgermeister verhaftet — Auch in Blaauau ist die Räterepublik ausgerufen worden.

Die Dresden Stadtverordneten

werden sich morgen, Donnerstag, in einer 17 Uhr beginnenden Sitzung mit den Vorgängen der letzten Tage beschäftigen. Die zwei einzigen Punkte der Tagesordnung lauten:

1. Kundgebung für die verfassungsmäßige Regierung;

2. Bewilligung eines Vergnügungsgeldes für die Opfer der Vorgänge am 16. März.

Leipzig.

Am Dienstag hat sich die Lage noch verschärft. Die südlichen Gebäude der Innenstadt, insbesondere das Rathaus, sind in Verteidigungszustand gesetzt worden. Da ein großer Teil der Arbeiterschaft bewaffnet ist und die Entwicklung der Truppen durchschaut wird, befürchtet man für die Abendstunden ernste Kämpfe. Dem Unternehmen nach sind aus dem Innern Sachsiens Karlsruhe, Truppenenteile nach Leipzig gezogen worden. Aber auch die Arbeiterschaft hat Zugang von außen und ebenso auch Waffen erhalten. Das Leipziger Fernsprechamt wird um 6 Uhr abends seinen Dienst wegen der gefährlichen Lage einstellen.

Die "Leipziger Volkszeitung" meldet ergänzend zu den blutigen Vorgängen am Montag: In den Abendstunden kam es auch im Norden der Stadt mit einer Radfahrtspatrouille, bestehend aus einem Lieutenant und 6 Mann, zu einem Zusammenstoß. Der Patrouillenführer und vier Männer wurden erschossen. Zwei Männer flüchteten unter Zurücklassung ihrer Gewehre. In der vergangenen Nacht wurden in Rosenthal zwei Zeitfreiwillige erschossen aufgefunden.

— Altena. Hier wurde Montag abend 8 Uhr ein von einer bewaffneten Menge gegen die Kaiserne gerichteter Angriff durch Reichswehr abgeschlagen. Die gegenüber der Kaiserne geleerten, vom Kaiser befehlteten Häuser wurden von der Reichswehr gestürmt. Verluste auf Seiten der Kaiserne 1 Toter und 4 Verwundete, auf Seiten der Kaiserne 20 bis 30 Tote und Verwundete.

— Blaauau. Am Montag und Dienstag wurden hier verschiedene Verbrennungen vorgenommen. In mehreren Verhandlungen wurde beschlossen, die Freigabe dieser Leute zu verlangen, sowie den Bürgermeister und den Polizeipräsidenten als Geiseln festzunehmen. Beides wurde abgelehnt. Darauf kam es zu Schießereien in der Nähe der Kaiserne, am Dietrich-Platz und vor dem Rathause.

— Bischofswerda. Am Montag früh wurde in allen Betrieben die Arbeit vollständig aufgenommen. Als jedoch um 10 Uhr vormittags infolge Streiks auf dem Elektroätzwerk Groß-Röhrsdorf der elektrische Strom ausblieb und zahlreiche Betriebe zum teilweisen Stillstand gezwungen waren, wurde in einer von Gewerkschaftsbüros vormittoos einberufenen Versammlung der Generalstreik beschlossen. Ein Zug von Demonstranten zog von Betrieb zu Betrieb und erzwang die völlige Betriebsstillstand in der Stadt.

— Bautzen. Nach Mitteilungen der "Bauha. Nach." hat sich auf Grund von Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unabhängigen ein aus Vertretern beider Parteien zusammengesetzter Aktionsausschuß für die Stadt Bautzen gebildet, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten.

— Bitterfeld. Auch hier hat sich ein Aktionsausschuß gebildet. Im Anschluß an eine öffentliche Versammlung wurden die Buben in der Neuen Kaiserne und in der Mandelauer beschlagen und an die Arbeitnehmer verteilt. Die Arbeitnehmer dort darauf sämtliche öffentlichen Gebäude besetzt.

Die hauptsächlichsten Bestimmungen lauten wie folgt:

Gehalt.

Die Zahlung des Gehalts hat nach den von den vertragsschließenden Parteien auf Mindestgehalt festgesetzten Richtlinien zu erfolgen. Die Zahlung erfolgt nachträglich, spätestens am 1. jeden Monats. Soweit die bestehenden Betriebsverhältnisse bessere Arbeits- und Gehaltsbedingungen vorsehen, dürfen diese durch den Tarifvertrag keine Veränderung erfahren. Ein rechtlicher Anspruch auf Weihnachts- und andere Bezüge besteht nicht.

Arbeitszeit.

Es wird eine grundsätzliche Arbeitsbereitschaft von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends festgelegt. Während dieser Zeit ist eine Stunde völliger Ruhe außer entsprechenden Pausen zum Einnehmen der Mahlzeiten und zum Umkleiden zu gewähren. Arbeitsleistungen in der Zeit von 8 bis 9 Uhr abends unterliegen besonderen Vereinbarungen und sind nur zulässig, wenn auswärts Gründen es unmöglich machen, daß die Arbeitsbereitschaft um 8 Uhr endet, doch darf in diesem Falle die Arbeitsbereitschaft vor 7 Uhr früh nicht beginnen. Für eine Tätigkeit nach 9 Uhr abends ist eine Überstundenabrechnung ein, und zwar bis 12 Uhr nachts 1,50 Mk. und nach 12 Uhr nachts 3 Mk. die Stunde.

Freizeit.

Ein Ausgang wird gewährt: Ein freier Nachmittag und Abend an jedem zweiten Sonntag im Monat. Allwochentlich: a) ein freier Nachmittag ab 4 Uhr mit anschließendem freiem Abend, b) ein weiterer freier Abend. Im Sommer ist jeder sechst, im Winter jeder achte Sonntag völlig frei. FortbildungsschülerInnen haben wechselseitig nachmittags keinen Anspruch auf freie Zeit. Zeit zum Kirchgang wird gewährt.

Die Wohnung darf ohne Erlaubnis nicht verlassen werden. Der Zeitpunkt der Rückkehr unterliegt freier Vereinbarung von Fall zu Fall, sobald die Zeit nach 11 Uhr abends in Frage kommt.

Nrland.

Die Hausangestellten haben nach einjähriger Beschäftigung in ein und demselben Haushalt Anspruch auf eine Woche Urlaub. Von zwei zu drei Jahren steigt der Urlaub um je eine Woche bis zur Hochzeit von drei

Wochen. Während der Urlaubsdauer ist das Gehalt und ein angemessenes Gehörgeld weiterzuzahlen.

Gehaltszählung vom 1. April 1920 ab.

Mindestgehalt für die Hausangestellten der Stadt Dresden und der Amtshauptmannschaft Dresden-Reichenbach und -Altstadt werden wie folgt festgelegt:

	Gehalt:	Zeitungsgeld: zulässig:
im 1. Jahre (14–15 Jahre)	20,-	5,-
im 2. Jahre (15–16 Jahre)	25,-	5,-
im 3. Jahre (16–17 Jahre)	25,-	5,-
ab weiterer ungeliebter Volljährigkeit während des ersten Jahres	30,-	10,-
2. Hausangestellte (gelebt):		
Hausmädchen mit Kochkennissen	40,-	10,-
Hausmädchen, die nähen u. bügeln können	45,-	10,-
Weinmädchen mit Kochen	45,-	10,-
Weinmädchen, die schnellen und günstiger können	45,-	10,-
Gebildete Weinmädchen, die kochen, ausdrehen und bügeln können	60,-	10,-
3. Person Abhänger (Wirtshaus):		
Wirtshäuserinnen	70,-	10,-
Wirtshäuserinnen mit Koch für die Stunde	1,00 M.	0,50 M.
Schusterfrauen ohne Koch für die Stunde	1,00 M.	0,50 M.
Schusterfrauen ohne Koch für die Stunde	1,00 M.	0,50 M.
Stundenfrauen (Wirtshäuser) ohne Koch für die Stunde	0,50 M.	0,25 M.

Gaushall und Wirtschaft

Gleichverteilung in der Stadt Dresden.

In der laufenden Woche werden auf die Reichsleistungsfeste "G" 150 Gramm Frischfleisch vom Rind und Geflügel aus der Stadt und Schwein mit Knochen und Frischwurst zu den in der Bekanntmachung enthaltenen Bestimmungen verteilt.

— Das Eisente Kreuz I. Klasse erhält nachträglich Seminaroberlehrer Dr. Gerlach in Dresden-Schreiber, der als Adjutant im 181. Infanterie-Regiment an den letzten Kämpfen unserer Truppen auf serbischen Boden teilgenommen hatte.

— Lobesfall. Sofolge eines im Felde sich unerträglichen schweren Leidens verstorben am 15. März im Alter von 10 Jahren der Geheim expedierende Sekretär im vormaligen Kriegsministerium Johannes Schlier, Hauptmann d. R. im ehemaligen 2. Grenadier-Regiment Nr. 101.

— Handelsvereinigung der Triestitis- und Lublauer Gemeinde. Heute, Mittwoch, abend 7 Uhr im Carolinenhof: "Ohne Evangelium kein Aufzug!"

— Der Verein der Sächsischen Landesbibliothek bleibt von Donnerstag, den 18. d. M., aus wegen Kohlemangels bis auf weiteres geschlossen.

— Im Kino Sorajani zeigt sich nunmehr Horst Wienstein in einer neuen Rolle und glänzt auch in dieser durch seine drastische Komik und durch seine große Darstellungskunst.

— Deutscher Jugendbund, Trieste, Dresden, Morgen, Donnerstag, 1/2 Jugendabend für Jüngste. Sonnabend 1/2 Bühnengruppe Windelmannstraße. Sonntag Mitternacht nach Kreischa. Freitag 7 Uhr Georgplatz. Collegium musicum Mittwoch 1/2 Uhr Neudennerstraße 44.

— Schandau. Die Wiederbetriebsnahme der Straßenbahn Schandau-Lichtenhainer Wasserfall wird voraussichtlich am 1. April erfolgen. Bieljachen Bänkchen nochzummen, daß sich die Direction der Straßenbahn jedoch entschlossen, an den Sonntagen 21. und 28. März Wagen zwischen Schandau und dem Wasserfall verkehren zu lassen. Sie fahren stündlich, und zwar erster Wagen ab Lindenholz früh 7,35 Uhr, der letzte abends 8,05 Uhr. Ab Wasserfall fährt der letzte Wagen 8,05 Uhr abends.

— Böhmen bei Slatyňa. Unter dem Verdacht, seine 11jährige Tochter ertränkt zu haben, wurde der landwirtschaftliche Arbeiter Hartmann in Haft genommen. Der Verbotsteile, dessen Frau vor etwa zwei Jahren starb, hatte sieben Kinder, von denen das Mädchen und ein Junge noch schulpflichtig waren. Das Mädchen ist, wie wir melden, in der Weihnacht am Neuen der Schumannschen Pappenfabrik aufgefunden worden. Es ist gesund und will aus Not gehandelt haben.

Bereitskalender für heute:

Abend: Gen.-Büf., 6 Uhr, Bereitshaus, auch: Monats-Büf.

Borisläge für den Mittwochab